

Susanne Weigelin-Schwiedrzik, Agnes Schick-Chen (eds.): As China Meets the World. China's Changing Position in the International Community

Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2006, 210 S., EUR 31,20

Dieses Buch ist ein außergewöhnlicher Glücksfall. Es versammelt Beiträge, die entscheidende Impulse geben für eine neue Sicht auf scheinbar altbekannte Themen. Die Publikation ist das Ergebnis einer Internationalen Konferenz, die im Jahr 2004 an der Universität von Wien stattfand und an der mehr als 1000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt teilnahmen.

Susanne Weigelin-Schwiedrzik und Nele Noesselt von der Universität Wien untersuchen in ihrem Beitrag zwei aktuelle Policy-Papiere zu den Beziehungen zwischen EU und VR China und kommen zu dem Fazit, dass auf beiden Seiten „ein gewisser Autismus“ herrsche. Von einem adäquaten gegenseitigen Verständnis und Respekt für unterschiedliche Interessen sei man weit entfernt (S.20). Während die VR China bei der EU um eine Unterstützung ihrer Taiwan-Politik werbe, sei es das Anliegen der EU, eine offene Gesellschaft und damit letztlich einen Systemwandel in der VR China zu fördern. Obwohl beide Seiten positiv von Kooperation sprächen, seien ihre Standpunkte in entscheidenden Fragen doch stark divergent.

Tom Grunfeld befasst sich in seiner Fallstudie zu Tibet mit den „Vorteilen und Gefahren der Globalisierung“. Er arbeitet kenntnisreich heraus, dass der Westen lange Zeit an Tibet schlicht desinteressiert war. Erst seit den 1980er Jahren bildete sich eine internationale Tibet-Lobby, die allerdings ein sehr romantisierendes Bild von Tibet pflegte: „Die Tibeter waren ein einzigartig glückliches, gewaltloses Volk, das ganz dem Buddhismus geweiht war und in friedlicher Isolation... lebte, regiert von einer Reihe erleuchteter und stets benevolenter Gott-Könige, den Dalai Lamas.“ (S.42) Die VR China wurde

zunehmend als Übeltäter hingestellt und reagiert(e) hilflos und amateurhaft auf den PR-Feldzug der Exiltibeter und ihrer Verbündeten. Grunfeld problematisiert auch, dass die Meinung der Tibeter, die im Land leben, die internationalen Medien überhaupt nicht interessiert: „The narrative of the exiled community is so deeply ingrained as the only acceptable one that no effort is made to see if there are others“ (S.46).

Judith Hofnagel geht dem Verhältnis zwischen Taiwan, den USA und der VR China aus der Sicht des Internationalen Rechts nach und prognostiziert eine Fortsetzung der gegenwärtigen „creative ambiguity“ im Verhältnis der beteiligten Parteien. Margareta Grieszler vergleicht u.a. „kaiserliche Toten- und Beerdigungsrituale“ nach dem Verscheiden der Kaiserinwitwe Cixi und dem Tod von Mao Zedong. Xu Xiaoqing wirft einen Blick auf Rechtsreformen in der Zeit von 1901-1911. John K.T. Chao von der National Chengchi University in Taipei zeichnet spannend die Ereignisse vor und hinter den Kulissen nach, die 1971 zur Übernahme des UN-Sitzes von Taiwan durch die VR China führten. Wang Dong vom Gordon College, Wenham, zeigt auf, dass die „Ungleichen Verträge“ zwischen China und den Westmächten im 19. Jahrhundert für China lange eine Quelle des Antagonismus waren: „working as a reminder of the mistreatment which was suffered on a large scale over many decades and which made the Chinese particularly sensitive to issues of sovereignty“ (S.170). Die Chinesen erlebten Internationales Recht als Paradox. Einerseits ging das Internationale Recht von dem formalen Konzept nationaler Souveränität aus, das alle Nationen gleich stellte. Andererseits konnte es die Umsetzung dieser Gleichheit in der Praxis nicht garantieren. Agnes Schick-Chen beleuchtet zuletzt die Konzeptualisierung des Begriffs „fazhi“ (the rule of law bzw. the rule by law) in der heutigen VR China. Das Konzept „fazhi“ werde in China kontrastiert mit dem Begriff „renzhi“ (the rule of men), das traditionell in China oft Anwendung fand. Zhang Yimou's Film „Die

Geschichte der Qiu Ju“ verdeutliche, so die Autorin, dass die Normalbevölkerung Chinas sich mit den Möglichkeiten, durch Recht und Gesetz ihre Interessen zu vertreten, erst vertraut machen müsse. Allerdings zeige eine Untersuchung aus den Jahren 1997/1998, die in verschiedenen Provinzen durchgeführt wurde, dass die Zahl von Gerichtsfällen auf lokaler Ebene zunehme. Dies sei Indikator dafür, dass chinesische Bürger rechtliches Vorgehen inzwischen durchaus als eine Möglichkeit in Betracht ziehen, eigene Rechte zu schützen – gerade gegen Übergriffe von Beamten und Kadern.

Viele Beiträge dieses inhaltlich weit gespannten Konferenzbandes liefern wichtige Denkanstöße und neue Perspektiven – lesenswert!

(Monika Gänßbauer)

Ulrich Kausch: China Pioniere. Unternehmer berichten von ihren Erfolgen im Reich der Mitte

Frankfurt/Main: Campus Verlag, 2007, 280 S., EUR 24,90

Der Band des Unternehmensberaters Kausch enthält 24 Erfahrungsberichte von Eignern und Geschäftsführern deutscher Mittelständler von B wie Berlinwasser bis Z wie Ziehlabegg über ihre meist sehr positiv dargestellten Unternehmungen in China.

Der Autor gibt diese Darstellungen recht schnörkellos als meist in indirekter Rede gehaltener Antworten auf offenen Interviewfragen wieder und erlaubt dem Leser seine eigenen Schlussfolgerungen zu ziehen, zumal seine eigenen kurzen Resümées sehr kursorisch und selektiv erscheinen.

Die Berichte schildern die Erfahrungen der Geschäftsgründungen in China vor 10 bis 20 Jahren, ihre Ziele: der Fertigung für den Export und/oder der Markterschließung, die schwierige Substituierung teurer Maschinen durch billigere Arbeitskräfte in den Produktionsabläufen, die nötige Kontaktpflege mit den Behörden des Gastlandes, die Bekämp-

fung von Produktpiraterie, die Rolle chinesischer Mitarbeiter, ihre Schulung und die Schwierigkeiten, sie zu halten, der deutschen Ex-Pats, ihrer nötigen, gelegentlich mangelnden kulturellen Offenheit und Motivation, sowie nicht zuletzt die mentale Einstellung und organisatorische Bereitschaft des Stammhauses zum Chinageschäft – jenseits des strengen Controlling und der Kapital- und Wissens- Bereitstellung.

Oft war das Primärmotiv des ersten Chinaengagements, den Firmengroßkunden als Lieferant von PKW-Teilen, Elektromotoren oder Industriegas zu folgen, oder nach der Erfahrung Chinas als Einkaufsmarkt (z.B. für Werkzeuge oder Bauteile) selbst zur Markterschließung überzugehen. Häufig wird eine substantielle Marktpräsenz in China mit dem Argument der Verteidigung und Konsolidierung einer weltweit führenden Marktpräsenz im jeweiligen Spezialsegment begründet. Dagegen wird erstaunlich selten die allseits – auch von den eigenen Belegschaften in Deutschland und Europa befürchtete – wettbewerbs- und kostenbedingte Auslagerung von arbeitsintensiven Produktionen nach China erwähnt. Dies sind ohnehin meist Fertigungen von geringem Mehrwert, niedrigem Technologieanteil und ohne Automatisierungspotential, die ohnehin schon oft ins europäische Ausland (Spanien, Irland) oder nach Asien ausgelagert worden waren. Dagegen ist China „teurer als man denkt“ – dank häufiger Personalprobleme, Diebstähle, Plagiate und Rechtshändel (S. 166), sowie durch den vermehrten Aufwand bei Qualitätskontrollen.

Im deutschen Stammhaus bleiben in jedem Fall Forschung und Produktentwicklung, die höherwertigen, innovativen Produktionen oder solche Massenfertigungen, deren Personalkostenanteile dank hoher Prozeßautomatisierungen im einstelligen Bereich liegen. Gegen den Fertigungsstandort China für innovative Produkte oder technologieintensive Komponenten spricht auch das hohe Plagiatsrisiko – auch durch abtrünnige oder ungetreue Mitarbeiter –, das jedoch die Un-